

# NIEDERSCHRIFT

über die **öffentliche** Sitzung des **Gemeinderates Grünwald (2002-2008)** am **Dienstag, den 25. Juli 2006** um **19.00 Uhr** im großen Sitzungssaal des Rathauses Grünwald

---

## ANWESEND:

1. Bürgermeister	Neusiedl Jan
2. Bürgermeister	Weidenbach Stephan
3. Bürgermeisterin	Dr. Paeschke Christine
GR – Mitglieder	Aulenbacher Dieter
	Bechler Ulrich
	Brandt Bärbel
	Brauner Tobias
	Dr. Cramer-Decker Hannelore
	Dr. Graeven Christina
	Dr. Knittel Wilhelm
	Kuny Wolfgang
	Lix Peter
	Nöbel Renate
	Okroy Christa
	Reinhart-Maier Ingrid
	Richter Marlies
	Sauerteig Michael
	Sedlmair Gerhard
	Splettstößer Reinhard
	Stahle Katrina
	Steininger Alexander
	Dr. Victor-Becker Katja
	Zettel Robert

## NICHT ANWESEND:

Dr. Forster Dieter  
Schmidt Oliver

## VERWALTUNG:

Geschäftsleiter	Jobst Dietmar
Kämmerer	Bader Raimund
Bauamtsleiter	Rothörl Stefan
Technischer Leiter	Reger Wolfgang
VFW	Rank Ulrich
VFW	Salvermoser Christian
Stellv. Bauamtsleiter	Kleßinger Peter

## GÄSTE:

Zu TOP 460 – 463:	Geislinger Josef, Rechtsanwalt Weigel Christian, Architekturbüro Goergens und Miklautz
-------------------	---

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 24 + 1. Bürgermeister; davon sind die oben angeführten Mitglieder des Gemeinderates und der 1. Bürgermeister erschienen. Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

#### **458. Entscheidung über die vorgelegte Tagesordnung und deren Ergänzung;**

---

Die Tagesordnung und deren Ergänzung wird einstimmig angenommen.

#### **459. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27. Juni 2006;**

---

Die oben bezeichnete Niederschrift wird einstimmig angenommen.

#### **460. Antrag Frau Gisela Fahrner zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garagen, Grundstück Fl.Nr. 628/11 an der Muffatstraße 4;**

---

Es wurde zuerst ein Antrag auf Vorbescheid im Bauausschuss am 14.02.2005 öffentlich behandelt (das Einvernehmen wurde mit 6 : 5 Stimmen verweigert – weil sich das Vorhaben nach Auffassung des Bauausschusses nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt) – der Antrag auf Vorbescheid wurde sodann vom Architekten/Bauherren zurückgezogen.

Der Bauausschuss hat sich in einer weiteren öffentlichen Sitzung am 04.04.2005 sehr eingehend mit der gegenständlichen Grundstücksbebauung befasst und letztlich mit 7 : 4 Stimmen der damaligen Voranfrage zugestimmt. Eine Voranfrage entfaltet keine Rechtsbindung, da sich hieran kein förmliches Baugenehmigungsverfahren anschließt.

In der folgenden öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 11.07.2005 wurde dem damals vorliegenden Bauantrag mit 6 : 4 Stimmen das Einvernehmen verweigert, wieder aus den Gründen, dass sich ein solches Bauvorhaben nicht in die Eigenart der Umgebungsbebauung einfüge.

Seit ca. einem Jahr liegt der Bauantrag der Bauaufsichtsbehörde zur Genehmigung vor. Dem Schreiben des Landratsamtes München ist zu entnehmen, dass unter Fristsetzung (bis 31.07.2006) die Gemeinde noch einmal die Möglichkeit hat, ihr einmal versagtes Einvernehmen zu erteilen, da nach Auffassung des Landratsamtes das geplante Bauvorhaben zulässig und genehmigungsfähig ist, obwohl lt. Schreiben des Landratsamtes München vom 11.10.2005 zu einer genau gegenteiligen Meinung kommt. In diesem Schreiben vertritt das Landratsamt München eindeutig die Rechtsmeinung, dass das geplante Vorhaben sich weder in die Umgebungsbebauung einfügen würde – noch würden die Regelungen der Ortsgestaltungssatzung der Gemeinde eingehalten.

Gerade das Einfügen in die Eigenart der näheren Umgebung wurde durch den Bauausschuss noch einmal in der öffentlichen Sitzung am 19.06.2006 ausführlich behandelt – das Gremium kam letztlich zu dem Ergebnis, dass sich ein solches Vorhaben nicht einfügt und hat daher das Einvernehmen verweigert.

Der Bauausschuss hat in seiner letzten Sitzung am 19.06.2006 die Verwaltung gebeten, dass das Architekturbüro Goergens & Miklautz sowie der Rechtsanwalt Geislinger die rechtlichen Möglichkeiten aufzeigen sollen, ob sich dieses Bauvorhaben nach Meinung des Landratsamtes München tatsächlich im Sinne von § 34 BauGB in die Umgebungsbebauung einfügt. Der Bauausschuss war in seiner letzten Beratung der festen Überzeugung, dass dieses Bauvorhaben den Rahmen von § 34 BauGB nicht einhält.

Das gegenständliche Bauvorhaben war auch auf der öffentlichen Tagesordnung des Gemeinderates am 27.06.2006 terminiert – jedoch aufgrund der damals noch ausstehenden Stellungnahmen der Fachplaner und des Rechtsberaters der Gemeinde wurde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Frist des Landratsamtes München zur Behandlung gemeindlichen Einvernehmens wurde auf Antrag der Gemeinde bis zum 31.07.2006 verlängert.

Mittlerweile liegen nunmehr die geprüften Stellungnahmen der Fachplaner und des Rechtsanwaltes als Beratungsgegenstand vor.

Den Ausführungen der Fachplaner folgend ist das Einvernehmen zum Bauantrag nicht zu erteilen.

Das Vorhaben fügt sich gemäß § 34 Abs. 2 BauGB in die Eigenart der näheren Umgebung **bauplanungsrechtlich nicht** ein.

Die Höhenentwicklung des geplanten Vorhabens von 15,60 m sprengt den sich aus der näheren Umgebung ableitenden Rahmen. Er kennzeichnet sich durch Bauhöhen von ca. 9,00 bis ca. 11,00 m Höhe. Die „Pyramide“ überragt deswegen alles, was in der näheren Umgebung vorhanden ist, um bis zu 4,60 m.

Das Vorhaben ist auch **bauordnungsrechtlich** – unzulässig. Es widerspricht der Ortsgestaltungssatzung.

Der Rechtsberater der Gemeinde, Herr Geislinger – wie das Büro Goergens – ist der Meinung, dass die Außenhaut der „Pyramide“ gleichzeitig als Dach zu betrachten ist. Die Dachneigung im Bauantrag beträgt 65 Grad. Gemäß § 5 Abs. 1 der Ortsgestaltungssatzung sind in Geiselsgasteig und in Grünwald nur Flachdächer sowie geneigte Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 15° und höchstens 52° zulässig. Die zugelassene Dachneigung ist mithin um 13° überschritten (!).

Gemäß § 5 Abs. 3 der Ortsgestaltungssatzung sind Dacheinschnitte (negative Dachgauben) sowie Laternendächer unzulässig. Gemäß § 5 Abs. 5 S. 2 der Ortsgestaltungssatzung darf die Breite von Gauben im Außenmaß höchstens 1,60 m betragen. Außerdem muss der Abstand der Gaube vom seitlichen Dachrand mindestens 2,00 m betragen.

All dies ist hier nicht einmal ansatzweise der Fall. Es sind Dacheinschnitte für Balkonanlagen vorgesehen, die weit jenseits der durch die Ortsgestaltungssatzung festgelegten Maße liegen.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung liegen nicht vor.

Der Ausschuss für Planung und Entwicklung hat in seiner nichtöffentlichen Vorberatung am 12.07.2006 mit 5 : 4 Stimmen dem Gemeinderat folgende Beschlussempfehlung abgegeben:

Der **Gemeinderat** nimmt den Vortrag der Verwaltung und des Rechtsanwaltes Geislinger zur Kenntnis und **beschließt mit 16 : 7 Stimmen** für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 an der Muffatstraße 4 das gemeindliche Einvernehmen zum gegenständlichen Bauantrag zu versagen.

Das Vorhaben fügt sich gemäß § 34 Abs. 2 BauGB in die Eigenart der näheren Umgebung bauplanungsrechtlich nicht ein. Das Vorhaben ist auch bauordnungsrechtlich unzulässig. Es widerspricht in mehreren Punkten der Ortsgestaltungssatzung der Gemeinde Grünwald.

Weiter wird auf den öffentlichen GR-Beschluss lfd. Nr. 461 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie auf den öffentlichen GR-Beschluss lfd. Nr. 462 zum Erlass einer Veränderungssperre hingewiesen.

#### **461. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 im Eigentum von Frau Gisela Fahrner an der Muffatstraße 4 wegen Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garagen;**

---

Das gegenständliche Bauvorhaben war zuletzt auf der öffentlichen Tagesordnung des Gemeinderates am 27.06.2006 terminiert – jedoch aufgrund der damals noch ausstehenden Stellungnahmen der Fachplaner und des Rechtsberaters der Gemeinde wurde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Frist des Landratsamtes München zur Behandlung gemeindlichen Einvernehmens wurde auf Antrag der Gemeinde bis zum 31.07.2006 verlängert – vgl. hierzu öffentlichen GR-Beschluss lfd. Nr. 460.

Mittlerweile liegen nunmehr die geprüften Stellungnahmen der Fachplaner und des Rechtsanwaltes als Beratungsgegenstand vor.

Zwischenzeitlich fand vorberatend eine nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung und Entwicklung am 12.07.2006 statt.

Herr Weigl vom Arch.-Büro Goergens & Miklantz sowie der Rechtsanwalt Herr Geislinger trugen in dieser nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planung und Entwicklung noch einmal mündlich ihre Stellungnahmen zum Schreiben des Landratsamtes München vor und kamen zu dem Ergebnis, dass der Rechtsmeinung der Bauaufsichtsbehörde nicht gefolgt werden kann, da in der Tat die Gemeinde Grünwald in ihrer Planungshoheit berührt ist und das geplante Bauvorhaben (Sonderbau) weder mit der Umgebungsbebauung nach § 34 BauGB noch mit den Regularien der Ortsgestaltungssatzung (hier insbesondere Wand- und Firsthöhe sowie Dachneigung) in Einklang zu bringen sind.

GR-Mitglieder Aulenbacher und Sauerteig vertraten die Auffassung, dass gerade in Geiseltal in diesem Bereich eine solche Sonderform der Architektur zugelassen werden sollte.

Im Ausschuss für Planung und Entwicklung wird auch die Rechtsmeinung vertreten, dass der künftige Bebauungsplan für dieses Grundstück exakt einen solchen Sonderbau zulassen

sollte – dies wiederum hätte dann für die Umgebungsbebauung keine Bindungswirkung, dass ähnliche Baustrukturen in der Zukunft zulässig wären.

GR-Mitglied Bechler stellte den Antrag zur Ergänzung/Änderung der Ortsgestaltungssatzung, dass Baukörper die weder ein Dach noch eine erkennbare Wand haben im Geltungsbereich der Ortsgestaltungssatzung unzulässig sein sollen. Die Fachplaner und der Rechtsanwalt erhielten hierzu den Auftrag dies entsprechend auszuformulieren, um solche gestalterische Auswüchse in der Gemeinde ablehnen zu können.

Der Ausschuss für Planung und Entwicklung gab mit 6 : 3 Stimmen nachfolgende Beschlussempfehlung an den Gemeinderat ab:

Der **Gemeinderat beschließt mit 16 : 7 Stimmen** aufgrund der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Entwicklung für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 der Gemarkung Grünwald (Muffatstraße 4, 82031 Grünwald) einen Bebauungsplan unter Abänderung des für dieses Grundstück geltenden Bebauungsplans B35 aufzustellen.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen.

#### **462. Erlass einer Veränderungssperrensatzung zur Sicherung des künftigen Bebauungsplanes für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 im Eigentum von Frau Gisela Fahrner an der Muffatstraße 4 wegen Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garagen;**

---

In Ergänzung des bisherigen Vortrages zum gegenständlichen Bauantrag sowie dem zuvor gefassten Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan (siehe lfd. Nr. 461) für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 an der Muffatstr. 4 ist zur Sicherung der Bauleitplanung entsprechend der Empfehlungen des Rechtsanwaltes Geislinger der Erlass einer Veränderungssperrensatzung erforderlich.

Der Ausschuss für Planung und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 12.07.2006 mit 5 : 4 Stimmen wie folgt eine Beschlussempfehlung an den Gemeinderat abgegeben.

Der **Gemeinderat** nimmt den Vortrag der Verwaltung und des Rechtsanwaltes Geislinger zur Kenntnis und **beschließt mit 16 : 7 Stimmen** für das Grundstück Fl.Nr. 628/11 an der Muffatstraße 4 zur Sicherung des künftigen Bebauungsplanes den Erlass einer Veränderungssperrensatzung.

Die Verwaltung wird gebeten, diesen Beschluss zur Aufstellung einer Veränderungssperrensatzung alsbald ortsüblich bekannt zu machen.“

#### **463. Rodungsinsel Wörnbrunn; Ausübung des Vorkaufsrechts, Sachstandsbericht, Beschlussfassung über die Weiterleitung der Widersprüche an das Landratsamt;**

---

Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 15.3.2005 den Erlass einer Vorkaufsrechtssatzung für den Bereich Wörnbrunn beschlossen. In gleicher Sitzung wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.

Am 31.01.2006 hat der Gemeinderat beschlossen, das Vorkaufsrecht auszuüben, nachdem der Freistaat Bayern die vorkaufsrechtsbelasteten Flächen ohne Kontakt mit der Gemeinde an Dritte verkauft hat.

Gegen die Vorkaufsausübung haben die Erwerberin – Frau Dr. Bartenschlager – sowie die Bayer. Landesschule für Körperbehinderte jeweils Widerspruch eingelegt. Die Widersprüche sind nach Prüfung des Rechtsanwaltes Geislinger im Fall der Landesschule unzulässig und im Fall Dr. Bartenschlager unbegründet.

Aufgrund der bisherigen Sach- und Rechtslage sind die vorliegenden Widersprüche durch die Gemeinde negativ zu behandeln – andernfalls wäre das gemeindliche Vorkaufsrecht gefährdet. In enger Abstimmung mit der Widerspruchsbehörde, sollen entsprechend der Geschäftsordnung der Gemeinde Grünwald die Widersprüche durch den Gemeinderat nicht abgeholfen werden und an das Landratsamt München zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

GR-Mitglied Brandt stellt den Antrag über diesen Tagesordnungspunkt nicht abzustimmen, da die eingegangenen Widersprüche der Sitzungsvorlage nicht beigelegt waren. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen von GR-Mitglied Brandt zur Kenntnis und gibt dem Antrag mit **19 : 3 Stimmen** (ohne GR-Mitglied Aulenbacher) nicht statt.

Der **Gemeinderat** nimmt den Vortrag der Verwaltung und des Rechtsanwaltes Geislinger zur Kenntnis und **beschließt mit 19 : 3 Stimmen** (ohne GR-Mitglied Aulenbacher) den Widersprüchen der Landesschule und Frau Dr. Bartenschlager nicht abzuweichen. Sie sollen dem Landratsamt München mit der Bitte um Zurückweisung vorgelegt werden.

Die Nichtabhilfeentscheidung der Gemeinde ist durch den Rechtsanwalt Geislinger im Benehmen der Verwaltung auszuformulieren.

GR-Mitglieder Brandt und Dr. Cramer-Decker haben gegen den Beschluss gestimmt, weil die Widersprüche zur Entscheidungsfindung nicht vorlagen.

#### **464. Änderung der Gemeindesatzung über die Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek Grünwald;**

---

Der **Gemeinderat beschließt einstimmig** folgende Satzung zur Änderung der Gemeindesatzung über die Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek:

Die **Gemeindesatzung über die Gebühren für die Benutzung der Gemeindebibliothek** vom 30.01.2002, in Kraft getreten am 01.01.2002 (GrüABl. Nr. 06 vom 08.02.2002), wird wie folgt geändert:

## § 1

§3 Abs. 1 – Kostenersätze – erhält folgende Fassung:

(1) - Reparatur von kleineren Schäden	2,50 € oder Ersatz
- Reparatur von größeren Schäden	5,00 € oder Ersatz
- Kassettenhülle	0,50 €
- Videohülle	1,50 €
- DVD-Einsteckhülle	0,50 €
- Rückspulen von Videobändern u. Kassetten	0,50 €
- EDV-Etikett	1,50 €
- Einarbeitungsgebühr bei Verlust	2,50 €
- Fernleihe	1,50 €
- Porto	den jeweils geltenden Portosatz
- Vorbestellgebühr	0,60 €
- je Kopie DIN A 4 schwarz/weiß	0,10 €
je Kopie DIN A4 farbig	1,00 €
- je Kopie DIN A 3 schwarz/weiß	0,15 €
je Kopie DIN A 3 farbig	2,00 €
- je Computerausdruck	0,10 €

## § 2

Diese Satzung tritt am 01. September 2006 in Kraft.

Grünwald, den

Jan Neusiedl, 1. Bürgermeister

(Gemeinderatsmitglied Aulenbacher war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

### **465. Hammel'sche Sozialstiftung; Neuwahl eines Nachfolgers für das verstorbene Kuratoriumsmitglied Frau Rose Hammel;**

---

Der Vorsitzende erläutert wie folgt den einstimmigen Beschlussvorschlag des Kuratoriums der Hammel'schen Sozialstiftung.

Frau Rose Hammel war auf Lebenszeit ( § 7 Abs. 8 Nr. 2 Gemeindegesetz) Mitglied des Kuratoriums. Frau Hammel ist leider im Dezember 2005 verstorben und somit aus dem Kuratorium ausgeschieden.

Nach § 7 Abs. 1 der Gemeindegesetz besteht das Kuratorium aus dem jeweiligen 1. Bürgermeister und weiteren **vier** Mitgliedern. Die Kuratoren müssen Bürger der Gemeinde Grünwald sein.

Da aktuell das Kuratorium nur aus drei weiteren Mitgliedern und dem 1. Bürgermeister besteht, ist ein weiteres Mitglied **neu** zu wählen.

Hierzu hat das jetzt bestehende Kuratorium ein Vorschlagsrecht (§ 7 Abs. 3 Satz 2 Gemeindegesetz). Der neue Kurator wird vom Gemeinderat gewählt.

Das Kuratorium der Hammel'schen Sozialstiftung empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat den Vorsitzenden der Nachbarschaftshilfe Herrn Gemeinderat Wolfgang Kuny als neues Kuratoriumsmitglied der Hammel'schen Sozialstiftung zu wählen.

Das Kuratoriumsmitglied Frau Dr. Cramer-Decker führt aus, dass sie trotz einstimmiger Beschlussempfehlung den Vorschlag von Herrn Dr. Forster aufgreifen möchte, Frau Kneidl statt Herrn Kuny als neues Kuratoriumsmitglied wählen zu lassen. Dieser Vorschlag zielt keineswegs gegen Herrn Kuny, vielmehr gehe es ihr um eine Ausgewogenheit der Geschlechter im Kuratorium.

1. Bürgermeister Neusiedl und Gemeinderatsmitglied Weidenbach entgegnen, dass es sich hier um ein Ehrenamt handelt und eine einstimmige Beschlussempfehlung des Kuratoriums vorliegt. Es sei nicht angebracht, eine Kampfabstimmung um den vakanten Kuratoriumssitz zu entfachen.

Der **Gemeinderat wählt mit 17 : 4 Stimmen** (die Gemeinderäte Kuny und Aulenbacher nahmen an der Abstimmung nicht teil) Herrn Kuny zum neuen Mitglied des Kuratoriums der Hammel'schen Sozialstiftung.

---

#### **466. Berichterstattung aus den Ausschüssen sowie von aktuellen Vorgängen und Themen besonderer Wichtigkeit;**

---

Eine Berichterstattung fand nicht statt.

---

#### **467. Bekanntgabe von Dringlichkeitsentscheidungen, die der 1. Bürgermeister gem. Art. 37 Abs. 3 GO anstelle des Gemeinderates getroffen hat;**

---

Bekanntgaben von Dringlichkeitsentscheidungen sind nicht erfolgt.

---

#### **468. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. Art. 52 Abs. 3 GO;**

---

Der Vorsitzende verweist auf die Anlage zur Tagesordnung. Der Niederschrift ist diese Anlage beigelegt.



#### **469. Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;**

---

##### **Ampelanlage Höllriegelskreuth/Pullach;**

(Anfrage Gemeinderatsmitglied Lix vom 25.10.2005 – Beschluss Nr. 382 ö)

Laut Aussage des Ordnungsamtes ist die dortige Lichtzeichenanlage an der Einmündung Staatsstraße 2572 in die Bundesstraße M 11 und an der Kreuzung Staatsstraße 2572 / Wolfratshauser Straße in sog. Welle geschaltet. Bei einer durchgeführten Überprüfung durch das Straßenbauamt München wurden keine Auffälligkeiten (insbesondere Rückstau) festgestellt. Alle Anlagen funktionieren fehlerfrei.

##### **Hecken-/Baumrückschnitt im Bereich Gabriel-von-Seidl-Straße / Graf-Seyszel-Straße (30km/h-Schilder);**

(Anfrage Gemeinderatsmitglied Schmidt vom 30.05.2006 – Beschluss Nr. 449 ö)

Die Verkehrsschilder im dortigen Bereich wurden zwischenzeitlich vom Überwuchs freigeschnitten. Außerdem erfolgt noch eine entsprechende Versetzung der Schilder, um eine noch bessere Sichtbarkeit zu schaffen.

##### **Mutwillige Zerstörungen im Bereich Derbolfinger Platz / Schlossstraße;**

(Anfrage Gemeinderatsmitglied Sauerteig vom 30.05.2006 – Beschluss Nr. 449 ö)

Einer der Verursacher der Beschädigungen ist durch Mitarbeiter der Polizeiinspektion 36 ermittelt worden. Die Kosten der Instandsetzung (insbesondere für die Erneuerung von Verkehrszeichen) belaufen sich auf 1.128,05 €. Laut Aussage der Staatsanwaltschaft München wurde bereits gegen den namentlich bekannten Verursacher ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Gestellte Anfragen sind in der Anlage beigelegt.

#### **470. Antrag T-Com zur Errichtung eines High-Speed-Netzes in Grünwald;**

---

Die T-Com als Vertreter der Deutschen Telekom AG ist im Juni 2006 auf die Gemeinde Grünwald zugekommen und hat die Errichtung eines Hochgeschwindigkeitsnetzes für Kommunikationstechnik (Internet, Telefone usw.) vorgestellt.

Kurz zusammengefasst ist seitens der Bauverwaltung festzustellen:

Die Zielsetzung des ambitionierten Projekts: Über den T-DSL Anschluss von T-Com erhalten die Kunden Zugang zu einer großen Auswahl an Multimedia-Diensten. Dazu gehören neben breitbandigen Internetzugängen auch hochwertige Kommunikationsservices wie die Datensicherung im Netz und der Datenabgleich mit Firmenrechnern von zu Hause aus. Ein weiterer Baustein des Angebotes sind individuell abrufbare Unterhaltungsangebote wie digitale Fernsehprogramme, Video on Demand oder DSL-Telefonie von T-Online.

Die schnellen Datenverbindungen basieren auf der VDSL-Technik, einer Weiterentwicklung der heute verwendeten ADSL-Technologie. Die technische Aufgabenstellung besteht darin,

die neue Breitbandtechnik so nahe wie möglich zu den Kunden zu bringen. Die hohen Datenraten bei der Highspeed-Übertragung per VDSL lassen sich nur über eine vergleichsweise kurze Entfernung realisieren. Daher müssen die technischen Komponenten für die schnellen Datenverbindungen direkt in die Kabelverzweiger, die unscheinbaren grauen Kästen im Straßenbild, eingebaut werden.

Es sollen daher auf Grünwalder Gemeindegebiet bis 15. Oktober 2006 ca. 30 Kabelverzweiger der T-Com (graue Kästen – Bestand) durch neue (und erheblich größere, mit modernster Technik und Glasfaserstruktur) ersetzt werden. Die einzelnen Standorte sind durch die T-Com eruiert worden – können aber auf Wunsch der Gemeinde wegen Besonderheit des Einzelfalles und der Wirkung auf das Straßen- und Ortsbild noch verändert werden.

Was weiterhin nicht verschwiegen werden sollte, ist die Tatsache, dass z.T. umfangreiche Grabungsarbeiten (z.B. An den Römerhügeln, Dr.-Hans-Staub-Straße, Josef-Würth-Straße und Teilstück der Kaiser-Ludwig-Straße) für die Erdkabelverlegung erforderlich werden.

Für die Gemeinde Grünwald stellt sich die Frage, ob sie die Errichtung eines Hochgeschwindigkeitsnetzes in ihrem Gemeindegebiet haben möchte. Die Vorteile dieser modernen Technik liegen auf der Hand, die evtl. damit verbundenen Nachteile sollen aber auch aufgezeigt werden. Diese der Gemeinde bekannten grauen Kabelverzweiger werden durch wesentlich größere Technikeinheiten (Maße: .B/H/T 2,00m/1,60m/0,50m) ersetzt.

Dies bedeutet, dass im öffentlichen Raum immer mehr technische Geräte (neben Gasregelstationen, Trafostationen usw.) zum Einsatz kommen. Desgleichen befindet sich in diesen neuen Gehäusen eine Lüftungseinheit, die je nach Lage und Objekt für Anlieger störend sein – lt. Angaben der T-Com sind hier Schallpegel von 67 dB A im Gespräch. Aufgrund des Schreibens der T-Com vom 20.07.2006 sind die neuen Schaltkästen aus klimatechnischen Gründen mit Lüftern ausgerüstet. Die Anforderungen an die Lüftereinheit sind dabei so gestaltet, dass die gesetzlichen Normen (z.B. TA-Lärm) eingehalten werden sollen.

In dem vorgenannten Schreiben der T-Com heißt es weiter: *Derzeit können uns noch nicht alle Lieferanten vollständig anforderungsgerecht beliefern, arbeiten aber mit Hochdruck an technischen Lösungen, die die Einhaltung der einschlägigen Grenzwerte uneingeschränkt sicherstellen. Bis dies geschehen ist, haben wir entschieden, alle Klimälüfter abzuschalten. Erst nach einem erfolgreichen Technikeinführungsprozesses und nach Sicherstellung aller gesetzlichen Kennwerte werden wir die Lüfter wieder in Betrieb nehmen.*

Auf die Frage nach einer sog. Konzessionsabgabe (bei Neubauten für Gasregel - oder Trafo- stationen wird eine solche regelmäßig erhoben) verneinte der Vertreter der T-Com diese Möglichkeit – es wurde lediglich geäußert, dass dafür die Grünwalder Bürger moderne Technik zur Verfügung hätten.

Die Gemeinde Grünwald ist zum Ausbau eines sog. High-Speed-Netzes nicht verpflichtet – im Gegensatz zur Versorgung des Gemeindegebiets mit Strom und Gas.

Aufgrund der vorgenannten Gründe und der Unwägbarkeiten (Lärmbelastung durch die Kabelverzweiger für die unmittelbaren Anlieger) ist der Vorgang seitens der Gemeinde Grünwald noch nicht entscheidungsreif.

Der **Gemeinderat** nimmt Kenntnis vom Vortrag der Verwaltung und **lehnt** zunächst den Antrag zur Errichtung eines Hochgeschwindigkeitsnetzes für Kommunikation auf dem Gemeindegebiet von Grünwald **einstimmig ab**, bis gesicherte Erkenntnisse über die Lärmbelastung der baulichen Anlagen vorliegen. In diesem Zusammenhang sollte zeitnah durch die Verwaltung eine bereits in Betrieb genommene Anlage im Stadtgebiet München zu diesem Thema besichtigt werden.

---

**Ende der Sitzung: 21.15 Uhr**

---

Der Vorsitzende:

Jan Neusiedl  
1. Bürgermeister

Die Niederschriftsführer:

D. Jobst  
für TOP 458-459, 464, 466-469

R. Bader  
für TOP 465

S. Rothörl  
für TOP 460-463, 470

## Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

GR - Sitzung vom 25. Juli 2006 - öffentlich - TOP 469

GR - Mitglied	Anfrage	Beantwortung
<b>Reinhart-Maier</b>	Ist es möglich, eine Gesamtaufstellung der derzeit in der Gemeinde Grünwald vorhandenen Betreuungsplätze aller Kindertagesstätten (Kindergärten / Kinderkrippen / Hort) sowie Wartelisten zu erhalten?	Die Verwaltung wird eine solche Auflistung erstellen und an die Gemeinderäte verteilen.
<b>Sauerteig</b>	Die private Kinderkrippe von Frau Bauernfeind an der Bavariafilmstraße ist seit kurzem in Betrieb, wie ist hier der Sachstand im Bezug auf die erteilte Baugenehmigung?	Die Baugenehmigung wurde erteilt, die Gemeinde hat die rechtlichen Möglichkeiten eines Widerspruchs durch einen Rechtsanwalt prüfen lassen. Die Erfolgsaussichten sind eher gering. Die Baugenehmigung wurde jedoch auf Widerruf erteilt, das bedeutet, dass insbesondere bei Verstößen gegen Auflagen aus der Baugenehmigung die Bauaufsichtsbehörde auf Anruf der Gemeinde oder der klageführenden Nachbarn das Widerrufsrecht prüfen müsse.
<b>Sauerteig</b>	In Höhe des Grünwalder Freizeitparks an der Südl. Münchner Straße wurden vor einziger Zeit Parkbuchten und Grüninseln geschaffen. Wann ist mit einer Bepflanzung und Pflege dieser Flächen zu rechnen?	Die Schlussrechnung der Firma Seidl steht hierzu noch aus, die Verwaltung wird zeitnah über den Sachstand berichten.

<b>Dr. Paeschke</b>	Aufgrund der lang anhaltenden Dürre wird die Verwaltung gebeten, dass die Gärtnerei vor allem die neu gepflanzten bzw. jungen Straßenbäume z.B. an der Tremml-Stiftung oder an den Römerhügeln bewässert.	1. Bürgermeister Neusiedl berichtet, dass generell die Alleebäume im Gemeindebereich nicht gegossen werden, man werde jedoch aufgrund der derzeitigen großen Hitze an die Gemeindegärtnerei einen entsprechenden Auftrag geben, neu angepflanzte Alleebäume während der Hitze und Trockenheit zu gießen.
<b>Dr. Victor-Becker</b>	Im Bereich der Sudetenstraße befindet sich noch immer Splitt und Kehrlicht auf der Straße, könnte hier mal die Kehrmaschine reinigen?	Die Verwaltung wird das Notwendige veranlassen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Reinhaltung der Gehwege Anliegerpflicht ist und häufig durch parkende Kraftfahrzeuge die Reinigung der Ortsstraße erschwert wird.